

## Das erwartet die mittelständische Wirtschaft in der kommenden Legislaturperiode von der Politik

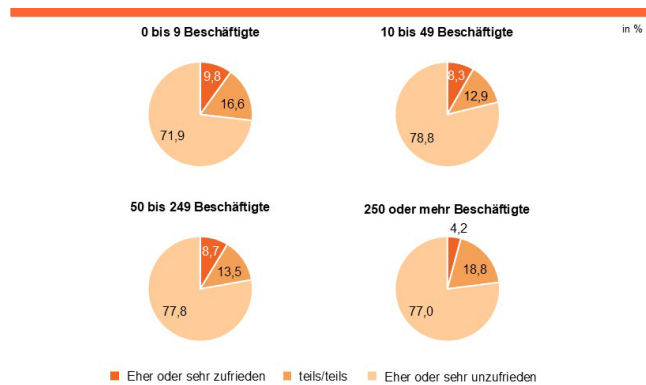
Dr. Nadine Schlömer-Laufen, Dr. Olivier K. Butkowski, Hans-Jürgen Wolter

Wie wichtig eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik ist, zeigen die derzeit veröffentlichten Appelle der Wirtschaft und ihrer Verbände an die künftige Bundesregierung. Was sind jedoch die Wünsche der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der mittelständischen Unternehmen an die künftige Bundesregierung? Und wie zufrieden sind sie mit den aktuell vorherrschenden Rahmenbedingungen? Diesen Fragen sind wir in der aktuellen Kurzbefragung nachgegangen.

### Geschäftsführer sind aktuell unzufrieden

Gut drei von vier der Befragten geben an, dass sie mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland (sehr) unzufrieden sind. Lediglich knapp 9 % der Unternehmen sind (sehr) zufrieden, der Rest ist unentschieden (15 %). Die Unterschiede zwischen den Größenklassen sind gering.

### Zufriedenheit mit aktuellen Rahmenbedingungen (nach Größenklassen)



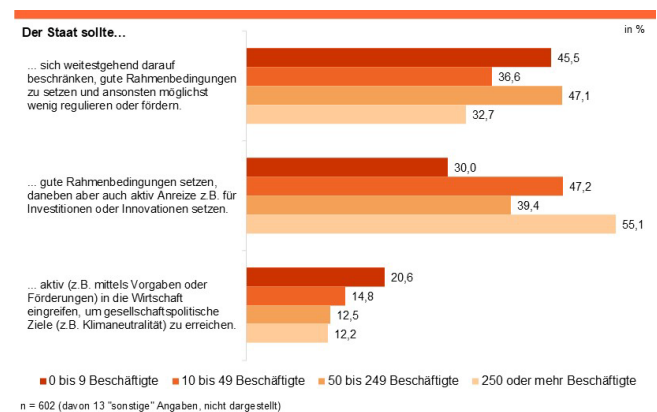
n = 604 (davon 4 "weil nicht" Angaben, nicht dargestellt)

© IfM Bonn 25 980202 01

Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025

Angesichts dieser Unzufriedenheit stellt sich die Frage, wie Wirtschaftspolitik aus Sicht der Unternehmen idealerweise gestaltet sein sollte. Nur eine kleine Minderheit der Unternehmen wünscht sich grundsätzlich ein aktives Eingreifen der Politik in das Wirtschaftsgeschehen. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen (über 81 %) präferiert hingegen eine vor allem rahmensetzende Wirtschaftspolitik, allerdings mit Unterschieden im Detail: Gut die Hälfte dieser Unternehmen bevorzugt die "puristische Variante" des Staats, der sich weitgehend aus der Wirtschaft heraushält. Der andere Teil würde noch Anreize für Innovationen oder Investitionen gutheißen. Die Größe des Unternehmens beeinflusst diese Einschätzung kaum.

### Idealvorstellung von der zukünftigen Wirtschaftspolitik (nach Größenklassen)



n = 602 (davon 13 "sonstige" Angaben, nicht dargestellt)

© IfM Bonn 25 980202 02

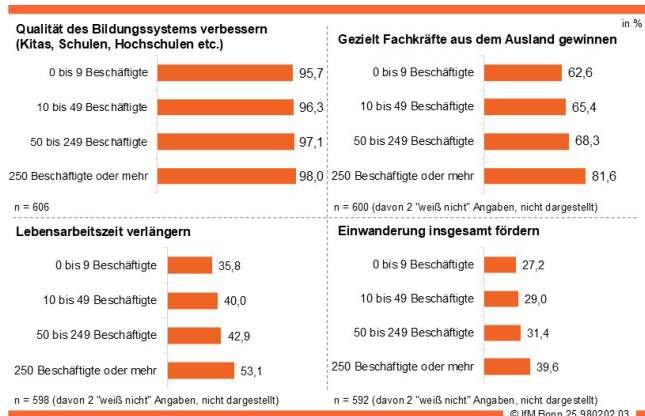
Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025.

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte stellen die Behebung des Fachkräftemangels, die Bewältigung des Klimawandels, die Anpassung des Steuersystems sowie die Beibehaltung der Schuldenbremse drängende Themen dar. Welche konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wünschen sich die Unternehmen in diesen Themenfeldern?

### Verbesserung des Bildungssystems und gezielte Fachkräftegewinnung im Ausland

Dem Fachkräftemangel ist nach Ansicht nahezu aller befragten Unternehmen (96 %) durch eine Verbesserung der Qualität im deutschen Bildungssystem (Kitas, Schulen, Hochschulen) zu begegnen. Auf Platz zwei folgt eine gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte (66 %). Einer Verlängerung und Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit (40 %) sowie der Förderung der Einwanderung insgesamt (30 %) stimmen deutlich weniger Befragte zu. Dabei zeigt sich bei allen diesen Maßnahmen: Je größer die Unternehmen, für desto relevanter erachten sie diese.

## Relevanz der Maßnahmen zur Lösung des Fachkräftemangels (nach Größenklassen)

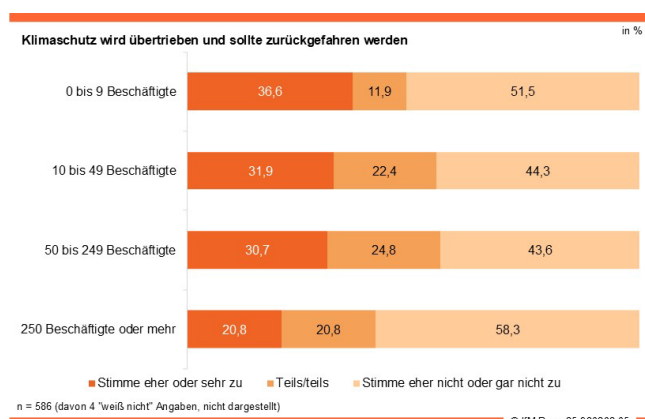


Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025.

## Klimaschutz wichtig, aber bitte möglichst auf Staatskosten

Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen (48 %) erkennt die Notwendigkeit der ökologischen Transformation an und spricht sich gegen ein Rückfahren der Maßnahmen aus. Etwa 19 % der Befragten sind unentschieden und knapp ein Drittel plädiert für eine Maßnahmenreduzierung.

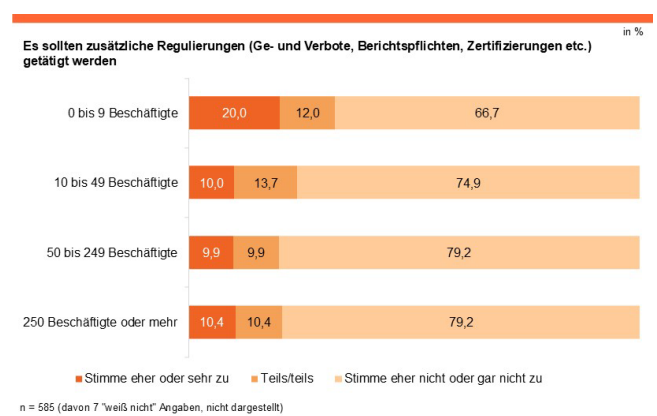
### Einschätzung zum Klimaschutz (nach Größenklassen)



Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025.

Im Hinblick auf konkrete Klimaschutzmaßnahmen spricht sich mehr als die Hälfte (60 %) der Befragten für eine aktive Rolle des Staates in der Form aus, dass dieser erheblich in die für die grüne Transformation erforderliche Infrastruktur investiert. Zusätzliche Regulierungen wie Berichtspflichten oder Ge- und Verbote werden dagegen mehrheitlich (73 %) abgelehnt.

## Einschätzung zu Regulierungen für besseren Klimaschutz (nach Größenklassen)



Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025.

## Vereinfachung des Steuersystems gewünscht

Beim Thema "Steuern" sind sich die Unternehmen weitgehend einig: Etwa 92 % plädieren für die Vereinfachung des Steuersystems durch eine Reduzierung des Nebeneinanders von diversen Steuerarten (Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag, Körperschaftsteuer etc.).

### Einschätzung Vereinfachung Steuersystems (nach Größenklassen)



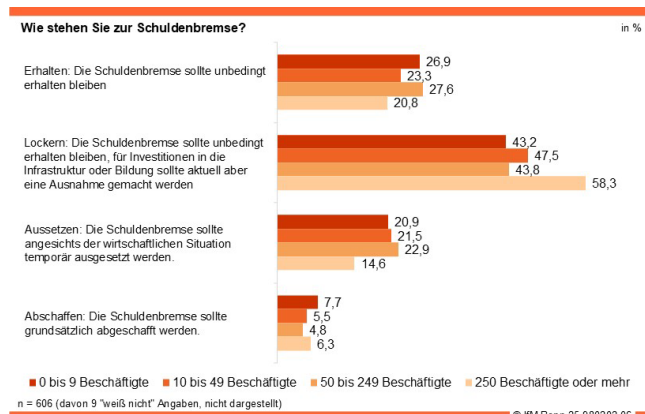
Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025.

Auch die steuerliche Begünstigung bestimmter Tatbestände wie Investitionen und Innovationen treffen bei den befragten Unternehmen (78 %) auf breite Zustimmung. Etwa zwei Drittel der Unternehmen sind zudem dafür, die Steuersätze insgesamt oder auch gezielt für Unternehmen zu reduzieren.

## Beibehaltung der Schuldenbremse, allerdings mit mehr Ausnahmen

Beim Thema "Schuldenbremse" zeigt sich ebenfalls große Einigkeit bei den Unternehmen: Über 92 % sprechen sich für deren Erhalt aus. Etwa 27 % dieser Befürworter würden nichts an der Schuldenbremse ändern. Knapp 73 % der Befürworter würden hingegen die Bremse "lockern" (beispielsweise für Investitionen in die Infrastruktur oder Bildung) oder "temporär aussetzen". Lediglich 6 % aller Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer plädieren für eine generelle Abschaffung der Schuldenbremse.

### Meinung der Unternehmen zur Schuldenbremse (nach Größenklassen)



Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 1/2025.

## Prioritäre Aufgabe der neuen Bundesregierung: Migration steuern

Was sind aus Sicht der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer die zwei wichtigsten Themen, die die neue Bundesregierung sofort angehen sollte? Aus den freien Antworten ergibt sich folgende Rangfolge: Auf Platz 1 steht die Kontrolle der Migration, dicht gefolgt von der Verbesserung der Standortbedingungen und dem Bürokratieabbau auf Platz 3. Der Klimaschutz findet sich hingegen nicht unter den Top 5 der aktuell drängendsten Themen aus Sicht der Unternehmen – wahrscheinlich, weil die Notwendigkeit der ökologischen Transformation per se nicht in Frage gestellt wird.

### Zur Kurzbefragung 1/2025

Um kurzfristig die Meinung des Mittelstands zu aktuellen Themen einzuholen, führt das IfM Bonn zweimal pro Jahr Kurzbefragungen durch. Das Thema der ersten Kurzbefragung in diesem Jahr sind die Erwartungen des Mittelstandes an die künftige Wirtschaftspolitik einer neuen Bundesregierung.

Insgesamt wurden 28.610 Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen mit Geschäftssitz in Deutschland per E-Mail angeschrieben und gebeten, an unserer Online-Kurzbefragung im Zeitraum 29. Januar bis 5. Februar 2025 teilzunehmen. Unter den 613 Unternehmen, die den Fragebogen vollständig ausgefüllt haben, waren 560 kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Gemäß Definition der EU-Kommission sind KMU solche Unternehmen, die bis zu 249 Beschäftigte haben. Der Rest waren Großunternehmen. 494 der 613 Unternehmen waren nach eigenen Angaben eigener- bzw. familiengeführt. Mit 51 % gehörte die Mehrheit der Befragten dem Wirtschaftsbereich der sonstigen Dienstleistungen an, gefolgt von den unternehmensnahen Dienstleistungen mit 26 %. 12 % können dem Produzierenden Gewerbe und 11 % der Distribution zuordnet werden.

### Impressum

#### Herausgeber

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn  
Maximilianstraße 20, 53111 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 72997-0

Websites: [www.ifm-bonn.org](http://www.ifm-bonn.org)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft,  
Industrie, Klimaschutz und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen

